

Willy-Brandt-Kreis e. V.

An den Parteivorstand der SPD

Friedens- und Entspannungspolitik muss ein Markenzeichen sozialdemokratischer Politik bleiben!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Wir haben uns in der Vergangenheit mehrfach zu zentralen Fragen der sozialdemokratischen Friedens- und Außenpolitik vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise, der Nordkorea-Problematik oder den Fragen der Europäischen Friedensordnung geäußert. Der Willy-Brandt-Kreis hat hohe Erwartungen an eine klare sozialdemokratische Handschrift der Außenpolitik der Bundesregierung, befürchtet aber, dass die Ziele einer gemeinsamen Friedensordnung immer stärker aus dem Blickfeld geraten. Dabei ist, wie im Koalitionsvertrag unterstrichen, die Einbeziehung Russlands und der Erhalt von Abrüstung und Rüstungskontrolle ebenso unerlässlich wie die Zusammenarbeit mit unseren Partnern im Rahmen von EU, OSZE, Vereinten Nationen und NATO.

Der aktuelle Trend weist aber in eine andere Richtung: Die Gefahren eines neuen atomaren Wettrüstens und konventioneller Aufrüstung werden immer deutlicher und haben auch einen enormen Einfluss auf Europa. Eine neue Nachrüstungsdebatte im Falle eines Kollapses des INF-Vertrages würde sicher ein weiteres Mal das Ziel einer europäischen Friedensordnung entscheidend schwächen.

Die Kündigung des Nuklearabkommens mit dem Iran aus dem Jahr 2015 (Joint Comprehensive Plan of Action) durch die USA ist auch ein Schlag gegen die internationale Nichtverbreitungspolitik. Immerhin war es gelungen, durch ein Zusatzabkommen mit kontinuierlichen und tiefgreifenden Inspektionen Iran vom Bau von Atomwaffen abzuhalten. Dies hat auch für die Region, in der es z. B. in Saudi-Arabien oder der Türkei Stimmen gibt, die für eine Nuklearbewaffnung eintreten, große Bedeutung.

Wir wenden uns an Euch, weil wir erkennen, dass nicht nur die Hoffnungen auf die mit der „Charta von Paris für ein neues Europa“ (1990) angestrebte gesamteuropäische Friedensordnung auf Basis gemeinsamer liberaler Prinzipien schwinden, sondern zunehmend auch das Vertrauen in die Erreichbarkeit einer dauerhaften friedlichen Zusammenarbeit mit Russland. Inzwischen brechen sogar die als überwunden geglaubten Sprachstereotypen des Kalten Krieges aufs Neue hervor.

Wir beobachten deshalb mit Sorge die sich immer schneller drehende Spirale der Eskalation von Spannungen in Europa. Sie droht die durch sozialdemokratisch geprägte Politik errichteten Stützpfeiler der europäischen Sicherheit zu zerstören. Das betrifft seit einiger Zeit nun auch die im Zuge der Neuen Ostpolitik Willy Brandts errichteten Brücken für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland.

Die erkennbare Abwärtsspirale wird durch außen- und sicherheitspolitische Aktions-Reaktionsmuster im Verhältnis zu Russland zusätzlich befeuert. Spannungen im Ost-West-Verhältnis haben für Europa immer nur Eines bewirkt: Misstrauen und die Sorge vor neuer Kriegsgefahr. Wer sich aber auf die Sprache und Verhaltensweisen eines Kalten Krieges einlässt und Feindbilder beschwört, übernimmt Mitverantwortung für deren Folgen. Dies wurde von großen Sozialdemokraten wie Willy Brandt und Egon Bahr früh erkannt. Amerika sei für Deutschland unverzichtbar, Russland aber ist unverrückbar – dieses Diktum von Egon Bahr beschrieb bereits vor Jahren pointiert wichtige Koordinaten für die deutsche und europäische Außenpolitik.

Wir wollen Euch heute deshalb eindringlich daran erinnern: Es waren Willy Brandt und Egon Bahr, die seinerzeit mit persönlichem Mut gegen den Zeitgeist und auch manch skeptische Stimmen in der Sozialdemokratie den Weg zur Beendigung des Kalten Krieges einschlugen. Dies geschah durch die aktive Hinwendung zu vertrauensbildender Zusammenarbeit in Feldern gemeinsamer Interessen. Dadurch wurde der Weg für die späteren friedlichen Transformationen in Mittel- und Osteuropa bereitet. Niemand kann bestreiten, dass ihre Politik des Wandels durch Annäherung maßgeblich zur Beendigung des Kalten Krieges beigetragen hat.

Seither sind knapp drei Jahrzehnte vergangen. Vieles hat sich zum Guten verändert, die erhoffte Überwindung der Spaltung Europas ist jedoch nicht gelungen. Was 1990 für unmöglich gehalten wurde, steht 2018 offen im Raum: ein neuerlicher, möglicherweise noch gefährlicherer Kalter Krieg. Der Westen hat sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts für die Festigung einer gesamteuropäischen Friedensordnung gemeinsam mit Russland zu keinem Zeitpunkt entschieden genug eingesetzt. Russland hat durch die Besetzung der Krim und den Bruch des Budapester Abkommens die Prinzipien einer gesamteuropäischen Friedensordnung in Frage gestellt. Frieden und Sicherheit in Europa sind ernsthaft gefährdet.

Abrüstungsgespräche zwischen der Putin-Regierung und der Trump-Administration gibt es heute nicht mehr, stattdessen wurde die Entwicklung und Stationierung von neuen nuklearen Waffensystemen von beiden Seiten angekündigt. Der Streit zwischen den USA und Russland um die Vertragseinhaltung des INF-Abkommens, einem zentralen Pfeiler auch der europäischen Sicherheit, hält an – der Vertrag könnte in kurzer Zeit gekündigt werden. Der Neue START-Vertrag von 2010 läuft 2021 aus, ohne dass Gespräche zu seiner Verlängerung oder Weiterentwicklung stattfinden. Ohne den Erhalt und die Fortschreibung beider Abrüstungsprozesse gäbe es erstmalig seit 1972 keine rechtlich-bindenden Begrenzungen der strategischen Nuklearmächte mehr, die ohnehin schon über 90 Prozent aller Nukleararsenale weltweit verfügen. Diese Entwicklung hätte unübersehbare Konsequenzen für das weltweite Nichtverbreitungsregime und würde die nukleare Weiterverbreitung in anderen Regionen vorantreiben.

Die Ankündigung von neuen Rüstungsvorhaben spiegelt sich in den Etats der Hauptakteure wider. Dass die Erfüllung des sogenannten 2-Prozent Ziels allein für Deutschland eine Verdoppelung der militärischen Ausgaben bedeutete, wisst Ihr wie wir. Welche Fähigkeiten erfordern diesen unverhältnismäßigen Aufwand? Hinzu tritt die militärtechnologische

Rüstungsdynamik im Bereich konventioneller, zielgenauer Präzisionswaffen, bei Cybertechnologien, autonomen Waffensystemen oder der Weltraumrüstung. Eine neue Rüstungskonkurrenz im Bereich künstlicher Intelligenz kündigt sich zudem zwischen den USA, Russland, China und Europa an, die wie die gerade genannten rüstungsrelevanten Technologien nicht durch Rüstungskontrolle begrenzt oder verboten sind. Wenn Rüstungskontrolle versagt, wird die Verfügbarkeit dieser Technologien künftiges strategisches Denken dominieren und politisches Handeln beeinflussen!

Die politischen Versäumnisse der Vergangenheit durch den Rückgriff auf neue alte Feindbilder wettmachen zu wollen, wird sich auf keinen Fall positiv auszahlen, weder für Europa und die USA, noch für Russland, und schon gar nicht für Deutschland. Es ist ein fataler politischer Irrweg, auf dem letzten Endes alle Alles verlieren können. Wir halten deshalb die Behauptung für grundlegend falsch, dass die heutige Situation keinen Anknüpfungspunkt für Entspannungspolitik mehr böte und dass eine solche Politik gar den Interessen der mittel- und osteuropäischen Nachbarn Russlands zuwiderliefe.

Es geht heute darum, neue Impulse für eine gemeinsame europäische Friedensordnung zu setzen, nicht aber, sich daran zu beteiligen, wenn die Lehren der eigenen Entspannungspolitik zunehmend offensichtlich von anderen zu Grabe getragen werden.

Wir rufen Euch deshalb auf, nicht zuzulassen, dass der Koalitionspartner unwidersprochen eine Rückkehr zu mehr „Landes- und Bündnisverteidigung“ predigt und auf neue milliarden schwere Rüstungsprojekte für die kommenden Jahrzehnte setzt. Die SPD muss in diesen Zeiten Alternativen zur Politik der Sanktionen und der Aufrüstungsmentalität entwickeln und Partner dafür gewinnen. Und der Außenminister sollte diese Politik engagiert umsetzen.

Wir erwarten von Euch, dass Ihr mit unserem europäischen Nachbarn Russland gerade jetzt und mit Nachdruck die Tür für Dialog und konstruktive Zusammenarbeit offenhaltet und Euch für eine neue europäische Initiative zur Rüstungskontrolle und Abrüstung stark macht. Es gibt auch in Ländern mit autokratischer Herrschaft viele Menschen, die eine friedliche und freiheitliche Zukunft Europas erhoffen und sozialdemokratisch geprägter Außen- und Friedenspolitik vertrauen.

Schließlich, wir sind gewiss, dass Ihr das entspannungspolitische Erbe Willy Brandts und Egon Bahrs bewahrt und Euch als ebenso mutig und entschlossen erweist, in ihrem Sinne ein neues außen- und friedenspolitisches Leitbild für die Sozialdemokratie auch unter heutigen Bedingungen zu gestalten. Ein solches Leitbild sollte Maßstab für das (wahrscheinlich) bevorstehende Wirken Deutschlands als Nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates in den kommenden beiden Jahren sein.

Folgende Elemente sollten in ein neues friedenspolitisches Leitbild der SPD einfließen:

- Aktive Vertrauensbildung durch ständige Dialogforen und Foren der sicherheitspolitischen Kooperation

- Neue Initiativen für Rüstungskontrolle und Abrüstung im Sinne Gemeinsamer Sicherheit
- Dialog über die stärkere Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen und die Kooperation zwischen EU und Eurasischer Wirtschaftsgemeinschaft

Das ist ein Auftrag, der programmatisch in den Vordergrund gehört: Die SPD muss wieder als die Partei identifiziert werden, die für Frieden und Entspannung steht! Wir schlagen deshalb vor, dass die SPD eine konzeptionell arbeitende Arbeitsgruppe ins Leben ruft, die die Eckpunkte und Tätigkeitsfelder für neue Initiativen einer Entspannungspolitik für das 21. Jahrhundert erarbeitet.

Friedens- und Entspannungspolitik muss ein Markenzeichen sozialdemokratischer Politik bleiben!

Berlin, den 15. Mai 2018

Für den Willy-Brandt-Kreis

Heidemarie Wieczorek-Zeul,
Adelheid Bahr, Prof. Dr. Peter Brandt, Daniela Dahn, Dr. h.c. Friedrich Dieckmann,
Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann, Prof. Dr. Lutz Götze, Dr. Rainer Land,
Dr. Hans Misselwitz, Prof. Dr. Götz Neuneck, Prof. Dr. Rolf Reißig,
Axel Schmidt-Gödelitz, Prof. Dr. Michael Schneider, Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer,
Ingo Schulze, Dr. Antje Vollmer